

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckanstalt: Nachrichten Dresden  
Verleger: Carl Schönlank  
Königsplatz 10, Dresden  
Telefon: 1111

Bezugspreis bei halbjährlicher Abnahme monatlich 2,40 Mk. (einschließlich 20 Pfg. für  
Zugabe), bei vierteljährlicher Abnahme monatlich 1,60 Mk. (einschließlich 20 Pfg. für  
Zugabe), bei monatlicher Abnahme monatlich 1,00 Mk. (einschließlich 20 Pfg. für  
Zugabe). Einzelhefte 10 Pfg. Anzeigenpreis: Die Anzeigen werden nach Werbemaßstab berechnet; die ein-  
seitige 20 mm breite Zeile 25 Pfg., für außerhalb 40 Pfg., Familienanzeigen und Stellenangebote  
ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg., die 20 mm breite Zeile 300 Pfg., außerhalb 200 Pfg.  
Offertengelände 20 Pfg. Auswärtige Zusätze gegen Vorauszahlung

Druck u. Verlag: Siegfried & Reichardt,  
Dresden, Postfach 10, 1068 Dresden  
Nachdruck nur mit schriftl. Genehmigung  
(Dresden, Nachr.) zulässig. Unterdrückung  
Schulbücher werden nicht anbezahlt

## Die bayerische Regierung zurückgetreten

### Die Deckungsvorschläge vom Landtag abgelehnt

München, 20. Aug. In der Vollziehung des Bayerischen Landtages am Mittwochvormittag fanden wieder die Anträge zur Schlichter-Notverordnung zur Beratung. Finanzminister Dr. Schmelze erklärte zum Schluss seiner Rede: Wer dem bayerischen Staat die notwendigen neuen Einnahmen verweigert, der untergräbt den bayerischen Staat selbst und bringt das letzte Bollwerk des Föderalismus in Deutschland zu Fall. Er vollendet den Weg des Unitarismus und treibt die Politik des preussischen Ministerpräsidenten.

Im Anschluß daran ergriff der Ministerpräsident Dr. Held das Wort zu einer Erklärung im Namen des bayerischen Gesamtstaatsministeriums. Er kündigte an, daß für den Fall, daß heute ebenso wie gestern im Anschluß die Schlichter-Notverordnung aufgehoben würde, die bayerische Staatsregierung nicht mehr in der Lage wäre, die Verantwortung zu tragen. Er müsse in einer Ablehnung der Deckungsvorschläge der Regierung zugleich eine Kundgebung des Mißtrauens der Mehrheit des Landtages erblicken, und das Gesamtstaatsministerium werde hieraus die notwendigen Folgerungen ziehen.

An die Regierungserklärungen schloß sich eine mehrstündige Aussprache an, in der die Redner der einzelnen Parteien nochmals ihren schon bekannten Standpunkt darlegten. Gegen 13 Uhr wurde zur Abstimmung geschritten.

Der sozialdemokratische Antrag auf Aufhebung der Schlichter-Notverordnung der Staatsregierung wurde mit 45 Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten, Nationalsozialisten, der Deutschen Volkspartei und des Bauernbundes gegen 18 Stimmen der Bayerischen Volkspartei und der Deutschen Nationalen angenommen.

Hierauf erklärte der Fraktionsvorsitzende der Bayerischen Volkspartei, Dr. Wohlmuth, daß nunmehr der Opposition die Pflicht zufalle, selbst die Bildung einer neuen Regierung zu übernehmen.

Finanzminister Dr. Schmelze zeigte unmittelbar im Anschluß an die entscheidende Abstimmung dem Ministerpräsidenten Dr. Held seinen Rücktritt an. Sofort nach der Plenarsitzung hat Ministerpräsident Dr. Held dem Landtagspräsidenten schriftlich die Demission des Gesamtministeriums erklärt.

### Bürgerliche Landtags-Einheitsliste in Braunschweig

Braunschweig, 20. August. Langjährige Verhandlungen zwischen den bürgerlichen Parteien im Freistaat Braunschweig haben zur Schaffung einer bürgerlichen Einheitsfront geführt, die die Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei, die Deutschnationale Volkspartei, die Deutsche Volkspartei, das Zentrum, den Braunschweigischen Landbund, den Bürgerbund, den Vereinigten Mittelstand, den Braunschweigischen Landesverband, die Landwirtschaftlichen Hausfrauenvereine sowie den Landesverband Braunschweigischer Frauenvereine umfaßt.

In dem gemeinsamen Wahlausruf wird u. a. festgestellt, daß durch die Einigung der bürgerlichen Wähler, die gewillt seien, den Kampf gegen den Marxismus aufzunehmen, der dringende Wunsch der Bevölkerung erfüllt werde.

Einigkeit sei der fruchtbarste Boden. Auf ihm sollen erwachen: Sparlichkeit im Staatshaushalt, gerechte Behandlung des Beamteniums ohne Ansehen des Parteibüchens, Schutz der bis an den Ruin gebrachten Privatwirtschaft und insbesondere Schutz der entgegen der Reichsverfassung entredeten christlichen Schule. An die Stelle des bisherigen Systems einseitiger sozialdemokratischer Parteiherrschaft gelte es, ein solches zu setzen, das Pflanzt, Sauerbrot und Verantwortungsbewußtsein der Gesamtheit gegenüber als obersten Grundsatz anerkenne. Die Einheitsliste weist 40 Namen von Persönlichkeiten aus dem alle Berufsweige einschließenden Wirtschafts- und Berufsleben des ganzen Landes auf.

### Revirement in Spanien

Madrid, 20. August. Der Unterstaatssekretär im Finanzministerium, der Generaldirektor des Zolldepartements, der Unterstaatssekretär für nationale Wirtschaft und der Generaldirektor für Landwirtschaft sind zurückgetreten. Ministerpräsident Berenguer ist mit den neuen Ministern für Finanzen Wais und Nationalwirtschaft Viguri nach San Sebastian abgereist, wo die neuen Kabinettsmitglieder dem König den Eid leisten werden.

### General Hene nimmt seinen Abschied

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung  
Berlin, 20. August. In Kreisen, die der Reichswehr nahe stehen, hält sich hartnäckig das Gerücht von einem bevorstehenden Rücktritt des Chefs der Generalleitung, General Hene. In verschiedenen Blättern ist inzwischen behauptet worden, General Hene habe bereits sein Abschiedsgesuch eingereicht, und als sein Nachfolger sei General v. Hammerlein vom Reichswehrministerium in Aussicht genommen. Wie jetzt vom Reichswehrministerium dazu mitgeteilt wird, trifft es nicht zu, daß ein Abschiedsgesuch des Chefs der Generalleitung vorliegt, und ebensowenig, daß bereits über seinen Nachfolger Entscheidungen gefallen seien. Trotz dieses Dementis dürfte damit zu rechnen sein, daß General Hene nach Abschluß der Herbstübungen des Reichsheeres seinen Abschied nimmt.

### Der DSB. zum Scheitern der Berliner Verhandlungen

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung  
Berlin, 20. August. Ueber den Verlauf der gestrigen ergebnislosen Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium teilte der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband als eine der am Tarifvertrag beteiligten Angestelltenvereinigungen mit, daß die Angestelltenverbände die vollständige Zurücknahme der ausgesprochenen Kündigungen als Verhandlungsgrundlage mit den Einzelbetrieben, vor allem mit Siemens und der AEG, gefordert hätten. Siemens und die AEG hätten aber beabsichtigt, die ausgesprochenen Kündigungen nur bis zu 80 Prozent zurückzunehmen, wobei bei der AEG die Lokomotivfabrik und bei Siemens das Spandauer Flugmotorenwerk von dieser Zurücknahme überhaupt ausgenommen werden sollten. Der Verband der Berliner Metallindustriellen hätte sich auch nicht dazu verstanden, gewisse Garantien für eine Nichtkündigung der älteren Angestellten mit längerer Kündigungsfrist zu übernehmen. Hieran und auch an der Forderung, daß das Abkommen zwischen den Angestelltenvereinigungen und dem DSB. nur bis zum 2. Dezember laufen sollte, seien schließlich die Verhandlungen gescheitert. Durch diese Befristung wäre es den Mitgliederströmen des DSB. möglich gewesen, in der Zeit vom 25. bis 31. Dezember erneut größere Kündigungen auszusprechen zu können.

### Das sächsische Arbeitsbeschaffungsprogramm

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung  
Berlin, 20. Aug. Das sächsische Arbeitsbeschaffungsprogramm im Rahmen der vorgesehenen Kostendämpfungsmaßnahmen wird in den nächsten Tagen bei der deutschen Gesellschaft für öffentliche Arbeiten, die auf Grund des Roten Programms geschaffen worden ist, einlaufen. Der zuständige Referent im sächsischen Arbeits- und Wohlfahrtsministerium Ministerialrat Dr. Hoppe wollte dieser Tage in Berlin und kündigte dort das bevorstehende Eintreffen des sächsischen Arbeitsbeschaffungsprogramms an.

### Das Schlichtungsverfahren im Ruhrgebiet-Lohnstreik

Essen, 20. August. Wie wir erfahren, hat der Schlichter Professor Brahn die Parteien für kommenden Montag nachmittags 3 1/2 Uhr zu Schlichtungsverhandlungen eingeladen. Die Parteiverhandlungen finden, wie bereits gemeldet, um 2 1/2 Uhr am gleichen Tage statt.

### Eröffnung der Agrarkonferenz in Warschau am 28. August

Warschau, 20. August. Der Beginn der Agrarkonferenz ist nunmehr endgültig auf den 28. August festgesetzt worden. Bisher haben folgende Staaten ihre Teilnahme zugesagt: Rumänien, Tschechoslowakei, Ungarn, Bulgarien, Lettland und Estland. Estland lehnte seine Mitwirkung mit der Begründung ab, daß diese Konferenz einen politischen Charakter trage. Die Konferenz wird voraussichtlich drei Tage in Anspruch nehmen.

### Erwerbslosennot in Izheim

Berlin, 20. August. Nach einer Meldung aus München ist die lange erwartete Katastrophe der Einstellung der Erwerbslosenernährungsbeihilfen nunmehr über den Zweibrücker Ort Izheim als ersten Ort in Deutschland hereingebrochen. Der Ortsfürsorgeverband mußte gestern die Anzahlung der Unterstützungen an die ausgesetzten Erwerbslosen wegen völligen Mangels an Mitteln einstellen. Die Erwerbslosen bildeten eine Abordnung, die sich an dem zuständigen Bezirksamtsreferenten nach Zweibrücken begab, der ihnen aber gleichfalls erklären mußte, daß das Bezirksamt keinerlei Mittel mehr besitze, um dem Fürsorgeverband für Erwerbslosenernährungsleistungen zu helfen.

Start zum Flug Berlin-Tokio. Der japanische Piloter Seiji Yoshikawa ist Mittwoch früh 5 1/2 Uhr auf dem Flugplatz Tempelhof zu einem Flug Berlin-Tokio gestartet.

## Das Reichsverwaltungsgericht

### Die Bedeutung des Regierungsentwurfs

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 20. August. Die Reichshauptstadt Berlin ist, wenn ein gestern vom Reichskabinett beschlossener Regierungsentwurf über die Errichtung des Reichsverwaltungsgerichts Gesetz werden sollte, erneut im Begriffe, einen Verwaltungsbezirk an sich zu ziehen, der zum Teil eine Verfeinerung des Staatsgerichtshofes in Leipzig bedeutet und dessen Sitz in früheren Entwürfen für eine nichtpreussische Landeshauptstadt vorgesehen war. Es bestand nämlich im Jahre 1923 bereits einmal ein Entwurf über die Errichtung des Reichsverwaltungsgerichts, der bis zum Reichsrat gelangte und der die Errichtung dieses hohen Gerichtshofes in Stuttgart vorsah. Damals wurde aber infolge der politischen Wirren das Gesetz nicht weiter verfolgt. 1928 bestand dann ein zweiter Entwurf, der abermals bis zum Reichsrat gelangte und der die Angliederung des Reichsverwaltungsgerichts an das Reichsgericht in Leipzig vorsah.

Der neue Entwurf sieht aber nicht mehr und nicht weniger vor als den Übergang gewisser Funktionen des Staatsgerichtshofes in Leipzig und der übrigen Funktionen des Reichsverwaltungsgerichts an das preussische Oberverwaltungsgericht in Berlin.

Der Regierungsentwurf stellt sich als ein Stück vorweggenommene Reichsreform dar. An sich bestand der Wunsch nach einem Reichsverwaltungsgericht schon vor dem Kriege, um so mehr als die Verwaltungsgerichte der verschiedenen deutschen Länder wiederholt über rechtsrechtliche Normen verschiedene Urteile fällten. Infolgedessen kam es schon vor dem Kriege zu Reichs- und Landesverwaltungsentscheidungen. Im Jahre 1910 faßte der Deutsche Juristentag einen Beschluß, der auf die Notwendigkeit der Errichtung eines Reichsverwaltungsgerichts hinwies. Insbesondere die Rationalisierungs- und ihr Führer Wasser- man n haben sich vor dem Kriege dieser Anregungen besonders angenommen. In der Weimarer Verfassung wird dann im Artikel 107 bestimmt, daß sowohl im Reich wie in den Ländern Verwaltungsgerichte zu bestehen hätten. Infolgedessen hat es die Reichsregierung als ihre Pflicht erachtet, nunmehr das Reichsverwaltungsgericht zu errichten,

und zwar in organisatorischer Verbindung mit dem preussischen Oberverwaltungsgericht und zur Vereinfachung und Vereinheitlichung der Arbeiten, die jetzt von 17 verschiedenen Landesverwaltungsgerichten durchgeführt werden.

In der Fassung des Regierungsentwurfs heißt es, daß sein Sitz in Berlin sein soll. Es soll dem Reichsgericht koordiniert sein. Auf das neue Reichsverwaltungsgericht sollen dann die Arbeiten des Reichswirtschaftsgerichts und des Bundesamtes für das Heimatwesen übergehen. Auf Antrag der Landesbehörden soll dieses Reichswirtschaftsgericht auch als Spruchbehörde in Ländersachen zuständig sein. Es ist zu erwarten, daß von diesem Antragsrecht Preußen Gebrauch machen wird, um so das Reichsverwaltungsgericht in das preussische Oberverwaltungsgericht überzuführen. Die Funktionen des Staatsgerichtshofes in Verfassungsfragen gehen auf das neu zu gründende Reichsverwaltungsgericht über. Dabei sind insofern Einschränkungen gemacht worden, daß einstweilige Verfügungen vom Staatsgerichtshof nicht mehr erlassen werden dürfen.

### Keine Krönung ohne die Königin

Der Ehegast im rumänischen Herrscherhaus  
Graz, 20. August. Die „Lagedpost“ meldet aus Belgrad: Um 9 Uhr abends ist ganz unerwartet die rumänische Königin Maria aus Belgrad, wo sie einen Monat zu verbleiben gedachte, nach Bukarest abgereist. Wie aus rumänischen Hoffkreisen verlautet, werde die unerwartete Abreise in Verbindung mit dem verschärften Konflikt zwischen König Carol und der Regierung einerseits und der Prinzessin Helene andererseits gebracht. König Carol habe der Regierung mitgeteilt, daß er sich so schnell wie möglich erheben lassen wolle, ohne Rücksicht darauf, ob es zu einer Versöhnung mit der Prinzessin Helene komme oder nicht. Während Prinzessin Helene darauf beharrt, daß die Scheidung in Geltung bleibe, sei Ministerpräsident Maniu dagegen aufgetreten und habe erklärt, daß die gesamte Regierung sofort zurücktreten werde, falls der König bei seinem Entschluß bleibe und die Krönung ohne Helene stattfinden sollte. Jetzt hätten Hof und Regierungskreise die Königinmutter gebeten, sofort nach Bukarest zu kommen, um eine Versöhnung herbeizuführen. Falls dieser letzte Versöhnungsversuch keinen Erfolg haben sollte, werde die Krönung des Königs auf unbestimmte Zeit verschoben werden.

### Vier italienische Grenzsoldaten ertrunken

Bozen, 20. August. Am Dienstag wollten vier Grenzsoldaten bei Rovereto mit einer Fähre die Etsch überqueren. Die Fähre schlug jedoch um. Alle vier Soldaten wurden in den reißenden Fluß geschleudert und fanden dabei den Tod.